

Ansprache 8. Mai 2018  
Stadtrat Michael Frost

Anrede

namens des Magistrats der Stadt Bremerhaven darf ich Sie herzlich zu dieser Gedenkveranstaltung begrüßen. Wir gedenken den 60 Millionen, die während des 2. Weltkriegs ihr Leben verloren,

als Opfer nationalsozialistischer Verfolgung und ihrer industriellen Tötungsmaschinerie, als Soldaten, als Zivilisten - 60 Millionen Menschen, deren Schicksal uns eine einzige Mahnung sein soll:

Nie wieder.

Der 8. Mai markiert das Ende des Faschismus und des 2. Weltkrieges, für den Westen Europas ist es der Tag der Befreiung, der Tag, an dem der Grundstein gelegt wurde für die freiheitliche Grundordnung eines bis dahin von nahezu ständigen Konflikten ausgezehrten Kontinents.

Es ist der Tag, an dem eine neue Zeitenrechnung begann, die uns bis heute, 73 Jahre später, eine Epoche des Friedens bescherte, länger als jemals in der neueren Geschichte unseres Kontinents zuvor.

Der 8. Mai ist ein Tag, an dem wir den Opfern des Krieges und der nationalsozialistischen Diktatur gedenken,

es ist aber auch der Tag, an dem wir unsere Befreiung feiern wollen und uns an diejenigen erinnern, die hierfür ihr Leben nicht nur riskierten, sondern tausend- und millionenfach verloren.

Der 8. Mai ist auch deshalb ein Feiertag, weil es uns gelang, aus den Verbrechen, die von Deutschland ausgehend auf dem

gesamten Kontinent verübt wurden,

gemeinsam mit den Gegnern von einst eine Lehre zu ziehen, die uns, nicht zuletzt von den Widerstandskämpfern gegen das NS-Regime, aufgegeben worden waren.

Ich zitiere aus einem der Flugblätter der „Weißen Rose“:

„Freiheit der Rede, Freiheit des Bekenntnisses, Schutz des einzelnen Bürgers vor der Willkür verbrecherischer Gewaltstaaten, das sind die Grundlagen des neuen Europa.“

Wir können stolz sein darauf, dass wir dieses Vermächtnis ernst genommen haben und gemeinsam mit den anderen europäischen Völkern eine Gemeinschaft gründeten, die diese Werte teilte und sich zu ihrem Schutz verpflichtete.

Wir können stolz sein auf eine Friedensordnung, zu der nach dem Mauerfall auch diejenigen Staaten gehören wollten, die sich dank großartiger Bürgerbewegungen und Gewerkschaften ihrer Diktatoren selbst entledigt hatten und dadurch Anschluss fanden an die Gemeinschaft der freien Völker Europas.

Aber: Wir müssen mehr als nur beunruhigt darüber sein, dass die Erfahrungen und mit ihnen die Lehren aus den Diktaturen Europas verblasen.

Wir müssen mehr als nur beunruhigt sein, dass in Polen, in Ungarn die Freiheit der Rede, die Freiheit des Bekenntnisses weithin sichtbar eingeschränkt werden.

Wir müssen mehr als nur beunruhigt sein, dass die Entrechtung der Roma und Sinti in Südosteuropa in eine unerklärte Vertreibungspolitik mündet, und wir müssen alarmiert sein, wenn Menschen jüdischen Glaubens in deutschen Städten auf offener Straße angegriffen werden.

Wir müssen aber auch erkennen, dass wir selbst es sind, die diese Gefährdung unserer Grundüberzeugungen herbeigeführt haben.

Wer die europäische Idee zu einem Wirtschaftsraum kleinredet und die Humanität an den Außengrenzen verrät, der darf sich nicht wundern, wenn Bevölkerungen schließlich von den Ewiggestrigen aufgehetzt werden, ihr Heil in der Abgrenzung zu suchen.

Unsere freiheitliche Gesellschaft, so sagte es in der vorvergangenen Woche die Präsidentin der deutschen UNESCO-Kommission Verena Metze-Mangold bei ihrem Vortrag in Bremerhaven, unsere freiheitliche Gesellschaft gerät auf zwei Seiten in Gefahr:

von oben, durch ein alles umspannendes Datennetz supranationaler Konzerne ohne demokratische Kontrolle geschweige denn Legitimation,

und von unten, wo Nationalisten, Rassisten und Modernisierungsverlierer versuchen, das Fundament freier Gesellschaften auszuhöhlen.

Wenn Regierungen ausrufen, nur ihre eigene Nation komme zuerst, dann bereiten sie damit dem Egoismus, dem Nationalismus den Weg - und wir wissen, wohin diese Entwicklung im schlimmsten Fall führt.

Und angesichts der Tatsache, dass eine Partei, die inzwischen sogar durch Gerichtsbeschluss als rechtsextremistisch bezeichnet werden darf, die stärkste Oppositionskraft im Deutschen Bundestag ist, fehlt dem „Weiter so“ jede Rechtfertigung.

Wo die Herausforderungen für die Gesellschaften groß sind und politische Probleme ungelöst, da ist der Ruf nach der

Schule nicht weit.

Und in der Tat brauchen wir eine starke demokratische Pädagogik und eine politische Bildung, die Heranwachsende dazu befähigt, Demokratie mitzugestalten, Haltung und Meinung zu entwickeln, Verantwortung zu nehmen für das eigene Leben und das der anderen, die Freiheit des Einzelnen zu verteidigen - angefangen beim Mobbing auf dem Schulhof oder im Internet.

Aber die Hauptverantwortung liegt bei uns, den Erwachsenen. Wir müssen Vorbild sein für demokratische Willensbildung, für eine offene Gesellschaft, für die Wahrung und Verteidigung der Werte, die uns wichtig sind - im Großen wie im Kleinen.

Deshalb sind demokratische Strukturen, deshalb sind Instrumente der Bürgerbeteiligung so wichtig. Die Demokratie lebt zuallererst in unseren Städten. Und wenn sie hier funktioniert, weil sie von den Bürgerinnen und Bürgern getragen wird, dann hat sie auch im großen Zusammenhang eine Chance.

Deshalb ist es gut, die Instrumente der Bürgerbeteiligung zu stärken, damit sie von den Menschen genutzt werden können,

deshalb ist es gut, dass wir Stadtteilkonferenzen und Zukunftswerkstätten durchführen,

deshalb ist es gut, dass wir die Einrichtung eines Jugendparlaments planen,

und es ist unverzichtbar, dass überall auch in unserer Stadt so viele Bürgerinnen und Bürger ohne großes Aufsehen unermüdlich ehrenamtlich wirken, sei es in der Kultur, im Sport, in religiösen Gemeinden, in der Unterstützung von Kindern oder der Hilfe für Ältere, in der Aufnahme und Integration Geflüchteter - aber eben auch in der Kommunalpolitik als Mitglieder in Parteien, Räten und

Stadtteilkonferenzen, Gewerkschaften, Vereinen und Bürgerinitiativen.

Der 8. Mai als Tag der Überwindung von Krieg und Diktatur ist der Feiertag dieser Demokratinnen und Demokraten, die unsere Stadtgesellschaft zusammenhalten und weiter entwickeln.

Der 8. Mai ist daher der Tag, an dem wir diesen Menschen Dank sagen und unterstreichen, dass die Demokratie nicht als theoretisches Gebilde funktioniert, sondern von den Menschen gelebt werden muss.

Ob der 8. Mai dazu auch in Deutschland, wie in einigen anderen europäischen Ländern, ein gesetzlicher Feiertag sein soll, muss ich an dieser Stelle nicht beantworten. Aber es ist ein starkes Zeichen für die historische Einordnung dieses Tages, dass er in der Debatte über die Entscheidung der norddeutschen Bundesländer in die engere Wahl genommen wird.

Das wichtige Signal eines solchen Tages geht nicht von der Frage aus, ob es ein Arbeits- oder ein Feiertag ist.

Wichtig ist, dass Sie heute hier sind und damit die Bedeutung dieses Tages unterstreichen,

wichtig ist, dass wir gemeinsam uns zu unserer historischen Verantwortung bekennen und deshalb schützen, was uns wichtig ist.

und so danke ich Ihnen abschließend für Ihre Teilnahme und Ihre Aufmerksamkeit.

Text: Michael Frost